



GERMANWATCH KAISERSTR. 201 D-53113 BONN

An den  
Chef des Bundeskanzleramts  
Herrn Dr. Thomas de Maizière  
11012 Berlin

Klaus Milke  
Vorsitzender des Vorstands  
von Germanwatch und  
Stiftung Zukunftsfähigkeit  
Tel.: +49 (0) 40 / 791 43 121  
milke@germanwatch.org

Bonn/Berlin am 22.6.2008

**Stellungnahme von Germanwatch und Stiftung Zukunftsfähigkeit  
zum Fortschrittsbericht 2008  
zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung**

Sehr geehrter Herr de Maizière,

anbei senden wir Ihnen seitens der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch und auch im Namen der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit eine Stellungnahme zum Entwurf vom 5. Mai 08 zum Fortschrittsbericht 2008 zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

Zu Beginn ist von uns festzustellen, dass die Regierung, das Kanzleramt und die beteiligten Ressorts schon einen in seiner Tendenz grundsätzlich begrüßenswerten Entwurf erarbeitet haben. Es ist im Rahmen eines wirklichen „Fortschrittsberichtes“ wichtig, dass eine Überprüfung der bisherigen Anstrengungen erfolgt und die notwendige Ambition nach Vorne (nicht nur über eine Legislaturperiode hinaus) entwickelt wird.

Insbesondere der klimapolitische Teil findet mit seinen generellen Zielsetzungen auf der Basis der Beschlüsse von Brüssel im März 2007 unsere Zustimmung. Gerade im internationalen Kontext muss die Bundesregierung nun aber zeigen, was sie zur Implementierung in der Lage ist zu leisten. Allerdings erscheint es uns überhaupt nicht ausreichend, wenn die EU lediglich zwischen 60 bis 80 Prozent Reduktionen leistet. Doch dazu mehr unter unseren Punkten 1) und 7) auf Seite 4 und 5.

GERMANWATCH E.V.  
BÜRO BONN:

DR. WERNER-SCHUSTER-HAUS  
BÜRO BERLIN:

KAISERSTR. 201  
VOBSTR. 1

D-53113 BONN  
D-10117 BERLIN

TEL.: +49 (0)228 / 60 492 - 0  
TEL.: +49 (0)30 / 28 88 356 -0

FAX: -19  
FAX: - 1

E-MAIL: [INFO@GERMANWATCH.ORG](mailto:INFO@GERMANWATCH.ORG) [WWW.GERMANWATCH.ORG](http://WWW.GERMANWATCH.ORG)  
BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG BLZ 100 205 00 KTO 32 123 00

Zum grundsätzlichen Ansatz, zum Aufbau und bezüglich der Reihenfolge der Kapitel ist zunächst folgendes anzumerken:

- I. Im Hinblick auf die Außenwirkung und Öffentlichkeit, die mit dem Bericht zu erreichen sein sollte, müssten gerade die **positiven Effekte**, die durch die Erreichung von mehr Nachhaltigkeit erzielt werden können, sehr viel **stärker Thema sein** (Bewahrung der ökologischen Tragfähigkeit, Arbeitsplätze, Zukunftsmärkte, Risikominimierung). Der Stern-Report und nun der von Minister Gabriel mit in Auftrag gegebene Sukhdev-Report sind genau dafür ja gute Beispiele. Dies muss ausführlicher ausgeführt werden.
- II. Generell sollte sich der Bericht sehr viel mehr trauen, auch die **Konflikte** – auch zwischen den Ressorts - zu **benennen**, die einer größeren Zielerreichung im Wege stehen/gestanden haben.  
Ohne zunächst die Benennung und dann Überwindung der Konflikte werden wir die Hemmnisse nicht aus dem Wege räumen können.
- III. Es ist wenig angemessen, bei den **Querschnittsaufgaben** in Kapitel A III lapidar von drei „Beispielen“ zu sprechen. Beim Begriff „**Beispiel**“ assoziiert man, dass es auch noch weitere gibt und der Ansatz wirkt wenig systematisch/strategisch:
  - Beispiel 1: Das Thema „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“ ist essentiell und nicht einfach ein Beispiel und stellt einen enormen Spannungsbogen für eine Politik nachhaltiger Entwicklung dar (Wachstum vs. Nachhaltigkeit) (vgl. dazu auch die Anmerkungen zu Punkt 2)).
  - Beispiel 2: Bei der „Soliden Haushaltspolitik“ sollte die Formulierung „**nicht über die Verhältnisse leben**“ (Ende vorletzter Absatz) nicht nur auf die Kinder und Enkel bezogen werden, sondern sie ist im volkswirtschaftlichen Sinne sehr viel umfassender und im globalen Kontext zu sehen. Dann wird deutlich, dass Haushaltspolitik z.B. mit einer nachhaltigen Finanzpolitik zusammen analysiert werden muss. Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten wird im Bericht nicht wirklich thematisiert. Und gerade sie ist eine besondere Herausforderung für das Gelingen einer global angelegten nachhaltigen Politik.
  - Beispiel 3: Die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist in der Tat eine dauerhafte und sehr grundlegende Aufgabe. Hier muss noch deutlicher ausgeführt werden, welche Hilfestellungen die Politik langfristig (auch über die Dekade hinaus) durch Trägerstrukturförderung (auch z.B. von entwicklungspolitischer Inlandsarbeit) und neue Didaktiken langfristig zu leisten bereit ist.
- IV. Das **Indikatorenkapitel** fällt ein Stück aus der Reihe und bedarf der Überarbeitung: es wird überaus nüchtern und unambitiös eingeführt und hier müsste unbedingt am Ende eines jeden Indikators, also nach der Ist-Darstellung

des Statistischen Bundesamtes, eine kurze **Bewertung durch die Bundesregierung** erfolgen. Die **Ampeln des Rates** für nachhaltige Entwicklung sind hier eine gute Vorgabe und sollten/könnten hier aufgenommen werden. Auch müssten hier einige Indikatoren ergänzt werden:

nur um den Bereich Verkehr zu nennen z.B. der Flugverkehr, aber auch z.B. die Themen a) Verkehrsberuhigung und Verkehrsvermeidung und b) Rad- und Fußverkehr.

Beim Indikator ODA (Seite 105) müsste mit erwähnt werden, welche Herausforderungen die erforderlichen neuen Mittel für die Anpassung an den Klimawandel darstellen.

- V. Die **Berichte der anderen Akteure**, die in den Kapiteln E-H zur NH-Strategie einen Beitrag beisteuern sollen, liegen uns zum Teil noch nicht vor. In einem föderalen System ist es ganz sicher von großer Bedeutung, welches z.B. der Beitrag der Bundesländer und der Kommunen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist. Diese Teilberichte sind daher grundsätzlich zu begrüßen, doch ist die Frage, inwieweit sie in ihrer jeweiligen Anlage der Konsistenz des Gesamtberichtes dienlich sind und ob das Kanzleramt die Teilberichte noch kommentieren wird.
- VI. Ein **Monitoringverfahren** über die Ziel- und Teilzielerreichungen (auch bei den Indikatoren) ist nicht vorgesehen. Dazu müssten Ausführungen erfolgen. Es könnte eine gute Perspektive sein, hier ähnlich wie es Norwegen (mit Schweden und einem Entwicklungsland) getan hat, zwei andere Länder um eine Evaluation zu bitten.
- VII. Der Bericht sollte sehr viel **mehr Perspektive und Programmatik** für die Zukunft entwerfen und nicht beim Deskriptiven stehenbleiben. Dafür Sorge zu tragen, sollte sich der aufgewertete Staatssekretärsausschuss für die Zukunft als Aufgabe in besonderer Weise vornehmen

Nun Vorschläge im Einzelnen.

Wir können uns nicht gleichermaßen zu allen Kapiteln äußern, sehen aber an folgenden Stellen deutlichen Handlungsbedarf:

- 1) Zur Einleitung grundlegend: der Bericht sollte noch sehr viel deutlicher widerspiegeln, dass die NH-Strategie der Bundesregierung von der Ambition her dazu beitragen muss, dass wir in Deutschland im Jahre 2050 **eine 2-Grad-Gesellschaft** etabliert haben. Dies ist auch überaus wichtig, um damit andere Gesellschaften (vor allem auch die Schwellenländer) weltweit für Low-Carbon-Economy-Konzepte zu begeistern. Die Mittelfristziele von minus 40 % für 2020 müssen also mit der Langfristzielsetzung einer Treibhausgasreduzierung von mindestens minus 80 Prozent für Deutschland (und die anderen Industrieländer) verbunden werden. Das ist die Leitlinie für die Zukunftsgestaltung und die Umsteuerungspolitik über eine „neue industrielle Revolution“ von Erneuerbaren Energien und einer umfassenden Energieeffizienzrevolution in eine 2-Grad-Gesellschaft .
- 2) Der spannungsreiche Kontext zwischen **Lissabon-Strategie und europäischer Nachhaltigkeitsstrategie** (Göteborg-Prozess) muss gleich am Anfang des Berichts dargestellt werden, um ihm wirklich die richtige Bodenhaftung und Realitätsnähe zu geben (vgl. auch unser obiger Punkt III) . Es ist nicht hilfreich, von der Lissabon-Strategie erst unter Kapitel I. ganz am Ende (S. 283) zu sprechen (und dort dann auch nur in dem Sinne, dass es zwischen Lissabon-Strategie und EU-Nachhaltigkeitsstrategie Synergien gebe).
- 3) Das Kapitel D VI „**Globale Herausforderungen...**“ kommt zu spät bzw. müssten Punkte daraus früher bereits angesprochen und vertieft werden, da sie die Weltinnenpolitik heute und damit die Chancen für mehr nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern maßgeblich bestimmen
- 4) Der für Deutschland als Exportnation und –weltmeister sehr entscheidende **Rahmen der WTO** und die Problematik und der Reformbedarf der WTO müssen viel weiter vorne (auch in der Einleitung ?) aufgegriffen werden, - nicht nur im Kontext der WTO und der gescheiterten **DOHA-Entwicklungs-Runde** (Seite 262). Hier sollten sehr viel mehr Perspektiven diskutiert werden, wie es mit der WTO gerade unter Berücksichtigung der ärmeren Länder weitergehen soll.
- 5) Der Themenbereich zu **Welternährung** (Seite 255 ff.), den neuen Hungerkrisen und der Armutsbekämpfung (MDG-Strategie) muss angesichts der dramatisch steigenden Nahrungsmittelpreise und des Klimawandels unbedingt aktualisiert werden. Es geht nicht an, dass die reformbedürftige Agrarpolitik und insbesondere die EU-Agrarpolitik nicht weiter thematisiert werden. Übrigens auch nicht im EU-Kapitel (Kapitel I). Dort fehlt übrigens auch jede weitere Nord-Süd-Dimension.

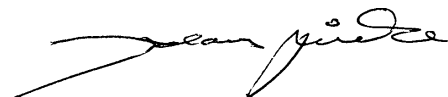
- 6) Dem **Ziel der Senkung des Flächenverbrauchs** von heute 130 auf auf 30 ha/tag kommt auch aus Gründen der Sicherung der Welternährung höchste Bedeutung zu. Der Flächen-»Verbrauch« geht überwiegend zu Lasten landwirtschaftlicher Nutzfläche. Deutschland nutzt bereits heute durch seine hohe Einfuhr von Futtermitteln für die Tierhaltung mehr als 2 Mio ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Entwicklungsländern, vorwiegend Brasilien. Tendenz steigend. Es kann nicht als »nachhaltig« bezeichnet werden, wenn Deutschland täglich landwirtschaftliche Nutzfläche im eigenen Land vernichtet, aber dafür immer mehr Agrarflächen im Süden beansprucht. Es müssen daher neue Wege gefunden werden, wie das Ziel der Reduktion des Flächen-verbrauchs tatsächlich vorangebracht werden kann (vgl. Indikator S. 59).
- 7) Wie bereits ausgeführt: der klimapolitische Teil findet unsere Zustimmung. Allerdings muss das Thema „**Umsetzung**“ eine größere Rolle spielen und der Stand der **Mesebergbeschlüsse** muss sehr ausführlich und aktuell kommentiert werden. Gerade in einer Phase, wo einige meinen, das Klimathema wieder zurückstufen zu können, muss hier mit großem Akzent Rückenwind verursacht werden. Wie schon unter 1) gesagt: die NH-Strategie der Bundesregierung muss von der Ambition her dazu beitragen, dass wir in Deutschland im Jahre 2050 mit einem Reduktionsziel von mindestens minus 80% eine 2-Grad-Gesellschaft etabliert haben. Dies ist auch wichtig, um damit andere Gesellschaften weltweit für Low-Carbon-Economy-Konzepte zu begeistern. Die Kohleproblematik sollte auf jeden Fall auch angesprochen werden. Der zukünftige Umgang mit der Kohle ist dafür entscheidend, ob das 2-Grad-Limit eingehalten werden kann. Neben den ganz wichtigen Mitigationfragen müssen übrigens auch die langfristigen Dimensionen der Adaptation (auch für Deutschland) adäquat thematisiert werden.
- 8) Die Ausführungen zum **Verkehr** sind grundsätzlich zu **überarbeiten**. Von „nachhaltiger Verkehrspolitik“ (vgl. S.202) kann in der Bundesrepublik mitnichten gesprochen werden. Diesen Eindruck sollte man vermeiden. Dazu nur einige Beispiele bzw. Vorschläge:
- a) ein Lackmus-Test für die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung ist die Förderung einer neuen technologischen und „grünen“ Revolution der Autoherstellung in D, die Unterstützung der EU-Kommissions-Vorschläge zu den PKW-CO2-Emissionen, d. h. auch eine Ablehnung der mit Frankreich vereinbarten entsprechenden Abschwächung sowie die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung.
  - b) das Thema Treibstoffe für eine zukunftsfähige Mobilität könnte in dem Bericht in den Mittelpunkt gerückt werden, dies erlaubte, gleichzeitig die drastisch gestiegenen Ölpreise, aber auch die Problematik der Agrartreibstoffe in angemessener Weise anzusprechen .
  - c) Der Flugverkehr und warum wir in Brüssel bzgl. der Einbeziehung in den Emissionshandel keine besseren Ergebnisse erzielen, sollten stärker ausgeführt werden.

Die Ausführungen zum Projekt „Klimafreundliche Dienstreisen der Bundesregierung“ wirken derzeit ein Stück wie eine Alibipassage und sollten besser so umformuliert werden, dass die Vorbild- und Modellfunktion angemessen zum Ausdruck kommt.

- 9) Das Thema „**Unternehmensverantwortung**“ und die **Rolle der Politik** als Level-Playing-Field-Gestalter sollte stärker angesprochen werden.
  - a) in Heiligendamm hat die Bundesregierung ein größeres Engagement dazu angekündigt: dies muss auch im Bericht mit dem Verweis auf den G8-Gipfel 2007 zum Ausdruck gebracht werden.
  - b) die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen sind zunächst eine Verpflichtung für die Politik, also für die Bundesregierung, diese auch stärker bekannt zu machen und auch zu nutzen: hierzu sollten sehr viel umfangreichere Ausführungen erfolgen (sie also wie auf S. 265 nur als eine CSR-Aktivität unter mehreren aufzuzählen reicht nicht aus). Hier gehört auch hin: Die Rolle der deutschen nationalen Kontaktstelle sollte reformiert werden (vgl. auch die Kritik im Ruggie-Report 2008).
  - c) die deutsche Politik müsste sich noch stärker um Initiativen für ein nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen bemühen.
- 10) Der Komplex **Forschung und Entwicklung** kommt insgesamt zu kurz, aber insbesondere zur Gestaltung einer 2-Grad-Gesellschaft bis 2050 (das FONA-Programm läuft demnächst aus ).
- 11) Der **Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken** können eine größere Rolle für eine nachhaltige Entwicklung (insbesondere auch im Bereich Klima und Energie) und vor allem auch für ein nachhaltigeres Finanzsystem zukommen. Deutschland hat hier Einflussmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt.
- 12) Die **Rolle der Zivilgesellschaft** kommt im gesamten Bericht zu kurz. Dazu sollten Überarbeitungen/Einfügungen erfolgen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung,

mit freundlichen Grüßen



Vorstandsvorsitzender  
von Germanwatch